

Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt
Regierungsrat Dr. Lukas Engelberger
St. Alban-Vorstadt 25
4001 Basel

Basel, 4. Juni 2019

Stellungnahme der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt (LDP) zu den „Leitlinien Basel 55+“

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Frau Keller
Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr

Gerne nimmt die Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt (LDP) Stellung zu den **Leitlinien und zu den Ausführungen des begleitenden Berichts**. Für diese Gelegenheit danken wir.

Allgemeine Bemerkungen:

In unserer Zeit erleben wir **ältere Menschen sehr oft als gesund, leistungsfähig** und – aus deren Sicht – nicht als alt. Das Bild eines 65-Jährigen ist heute anders als vor wenigen Jahrzehnten. Mit Blick darauf stellt sich die Frage, weshalb ein Teil der Alterspolitik in Basel-Stadt bei 55 Jahren ansetzt. Jemand im Alter 55 fühlt sich bestimmt nicht angesprochen von Fragen im Zusammenhang mit dem Alter. Verdeutlicht wird diese Feststellung noch durch die Absichtserklärung des Bundesrats, das Rentenalter dereinst erhöhen zu wollen. Die LDP hält es für ratsam, die Einteilung in Alterskategorien zu überprüfen und den Begriff „55+“ durch einen passenderen zu ersetzen.

Es fällt auf, dass bei einigen Leitlinien Aussagen gemacht werden, welche nicht nur für ältere Menschen gelten, sondern für alle. Deshalb ist zu überprüfen, ob solchen Selbstverständlichkeiten Leitlinien-Charakter zukommen soll (Bsp: Autonomie, Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und auch Subsidiarität staatlichen Handelns etc.). Die Haltung des Kantons gegenüber älteren Menschen erhält durch die Erwähnung dieser Selbstverständlichkeiten etwas Gönnerhaftes.

Unklar ist auch, wer **Adressat dieser Leitlinien** sein soll, die Allgemeinheit oder Fachpersonen, welche – im weitesten Sinne mit der älteren Bevölkerung zu tun haben? Die Dichte an Fremdwörtern lässt vermuten, das Papier richte sich an Fachpersonen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Verbindlichkeit der Aussagen bzw. Absichtserklärungen (Beispiel: Vertrautmachen der älteren Generation mit der Digitalisierung).

Selbstverständlichkeiten wie „stehen im Einklang mit der kantonalen Gesetzgebung...“ wirken sehr befremdlich, es wäre ja unhaltbar, wäre dies nicht der Fall; das kann ersatzlos gestrichen

werden. Besonders in Leitlinie 4 finden sich auffallend viele Fremdwörter und auch Plattitüden. Eine Überarbeitung drängt sich auf.

Die Grenzziehung zur Alterspflegepolitik ist unscharf. Weshalb wird für das Bevölkerungsegment 55+ die Möglichkeit der Hauslieferung durch Apotheken erwähnt? Doppelspurigkeiten mit den Leitlinien zur Alterspflegepolitik ergeben sich mehrfach, z. B. auch bei der Schilderung der Betreuung.

Einige Themen werden zwar erwähnt (Arbeitslosigkeit im Alter, Enkeltrick-Betrug, gesellschaftlicher Zusammenhalt zwischen den Generationen etc.), **konkrete Massnahmen** oder entsprechende Absichten fehlen aber gänzlich. Weshalb kann der Kanton nicht mit der Steuererklärung zusammen ein auffällig gestaltetes Merkblatt, das in der Nähe des Telefon-Anschlusses in der Wohnung angebracht wird, versenden, in welchem vor den Tricks von Betrügern gewarnt wird? Weshalb erfolgt in diesem Bereich der Prävention keine Zusammenarbeit mit den Banken? Wie wäre die Förderung von Generationenhäusern oder der Ausbau der Hilfe von älteren Menschen in der Schule?

Konkret würde sich die LDP die eine oder andere konkrete Massnahme wünschen, die von der Zielgruppe bestimmt erwünscht wäre: Die **Sitzbänke**, die im letzten Sommer in der Innerstadt platziert wurden, sind beliebt. Die LDP wünscht sich mehr davon. Auch müssen zwingend Sitzgelegenheiten an den Tram- und Bushaltestellen platziert werden; auch hier herrscht ein Mangel.

Ältere Menschen ohne Erwerbsarbeit: Seit dem Start des Vernehmlassungsverfahrens hat sich eine wichtige Änderung ergeben: Der Bundesrat schlägt konkrete Massnahmen vor, die verhindern sollen, dass über 58-Jährige ohne Erwerbsarbeit sozialhilfeabhängig werden. Die LDP erwartet, dass der Regierungsrat diesen Vorschlag unterstützt und entsprechend im Kanton umsetzt. Auch müssen die Anstrengungen zur Reintegration solcher Arbeitsloser in den Ersten Arbeitsmarkt verstärkt werden. Die bisher umgesetzten Massnahmen sind zwar richtig, zeigen aber nur bescheidenen Erfolg (Stellenbörse in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverband Basel-Stadt müsste z.B. mehr gefördert werden, z.B. durch konkrete Akquisition von Firmen). Nicht zu vergessen ist dabei die Weiterbildung, die schon früher ansetzen muss. Die LDP erwartet die Vorbereitung eines kantonalen Umsetzungsplans der vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen zur Verbesserung der Situation älterer Arbeitnehmer und Stellenloser. Die Zeit bis zur Beschlussfassung auf Bundesebene muss optimal genutzt werden, damit wir bereit sind, wenn die Vorlage von den Räten angenommen wird.

Etwas zynisch auch der **Abschnitt zur Verkehrssicherheit**. Es ist eine Tatsache, dass viele ältere Menschen enorm Mühe bekunden, die neu gestalteten Tramhaltstellen zu überqueren. Diverse Stürze mit zum Teil schweren Verletzungen sind hausgemacht. Interessant, dass mit keinem Wort die diversen neuen Pflästerungen erwähnt werden, obwohl allgemein bekannt ist, dass ältere Leute z.B. nicht gerne auf den in der Innerstadt gebrauchten Wackensteinen gehen. Ob die Grünzeiten bei den Ampeln tatsächlich überall genug lange eingestellt sind, bezweifelt die LDP. Die Überquerung St. Jakob (Tertianum zur Haltestelle St. Jakob) z.B. scheint zu kurz zu sein, die LDP fordert eine Überprüfung aller Lichtsignal-Anlagen im Hinblick auf die Gehgeschwindigkeit älterer Menschen.

Ist es bekannt, dass falls Behindertenparkplätze besetzt sind, zwei Stunden ausserhalb parkiert werden darf und was heisst in diesem Fall ausserhalb? Hier gibt es Kommunikationsbedarf, die LDP fordert, die Betroffenen entsprechend zu orientieren.

Thema Doppelspurigkeiten und Synergien: diese sollen zwar gemäss Leitlinie 4 gemieden und genutzt werden. Dies scheint uns aber nicht der Fall zu sein. Wieso betätigt sich der Kanon selber als Anbieter (z.B. Café Balance)? Wieso gibt es eine Website des Kantons zum Thema Alter und gleichzeitig hat der Kanton die neue Seite beim „Wegweiser“ mitunterstützt? Zu erwähnen ist, dass z.B. die Pro Senectute beider Basel auch eine eigene Website zu den gleichen Themen betreibt. Diese Doppelspurigkeiten müssen reduziert werden und sicher dürfen nicht neue ähnliche Angebote aufgebaut werden, die dann in Konkurrenz zu subventionierten Institutionen stehen.

Strukturen: Der Verein 55+ Basler Seniorenkonferenz ist sicher ein wichtiger Partner für das GD beim Thema Alter. Dieser Verein scheint uns nicht ausgewogen zusammengesetzt, weder hinsichtlich des Alters des Vorstandes (auch 55-Jährige) noch der politischen Zusammensetzung. Es wäre wichtig und zu begrüßen, wenn das Forum 55+ nicht nur bei Bedarf sondern permanent mit anderen Vertretungen verstärkt würde, so dass dieses Forum ausgeglichener und mit mehr Fachkompetenz ausgestattet wäre.

Die „**Flughöhe**“ der Definitionen ist nicht einheitlich. Es drängt sich auch in dieser Hinsicht eine Überarbeitung auf.

Über weite Strecken ist das Papier nichtssagend. Die Theorie herrscht vor in Form von Absichtserklärungen – darunter etliche, die nicht erfüllbar sind – (zum Beispiel: „wohnortnah für alle“).

In den neu formulierten Leitlinien können wir gegenüber der bestehenden Fassung keinen Mehrwert und keine bessere Verständlichkeit erblicken – im Gegenteil scheinen die alten Formulierungen teilweise präziser.

Varia

Der Marktplatz 55+ wird von Innovage Nordwestschweiz GGG Benevol und der Pro Senectute beider Basel organisiert (Fussnote 2, Seite 12)

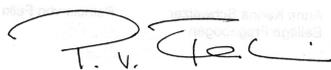
Antrag

Die LDP bittet Sie höflich um eine Totalüberarbeitung dieses mangelhaften Papiers. Die Leitlinien ohne Begleittext sind nicht selbsterklärend und darum ist auf ein Papier wie von RR Carlo Conti unterschrieben zu verzichten. Viel wichtiger wäre es ein Papier zu erstellen, bei dem es um konkrete Umsetzungsvorschläge und Ideen ginge.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Mit freundlichen Grüssen

Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt



Patricia von Falkenstein
Präsidentin